

Leitartikel

Krypto-Quatsch oder lieber nachhaltig investieren?



Marco Meng

Geld ist genug da – nur eben in den falschen Tischen. Nachhaltige Innovationen, umweltschonende Industrieproduktion, erneuerbare Energiegewinnung brauchen dringend Investitionen – stattdessen werden Abermillionen in sogenannten Kryptowährungen gesteckt. Und die sind alles andere als nachhaltig. Allein der Stromverbrauch für die eine Pseudowährung Bitcoin ist in etwa so hoch wie der Jahresverbrauch von Österreich und der Schweiz zusammen. Inzwischen ist mancherorts der Strom teurer als die Computervährung, die damit geschaffen wird. Gleichzeitig hängt der Klimawandel wie ein Damoklesschwert über uns.

Am Mittwoch – reichlich spät – haben sich die EU-Finanzminister geeinigt, strengere Regeln auch für die Kryptowährungen einzuführen. Reguliert wie Banken oder Fonds würden sie damit aber immer noch nicht, auch Regeln zur Einlagensicherung fehlen – das merken dieser Tage viele, die diesen Pseudowährungen ihr Vertrauen

Millionenwerte verschwinden spurlos.

schenken. Denn das Geld ist häufig weg. Eine Kryptoplattform nach der anderen macht Pleite, und immer wieder verschwinden Millionenwerte spurlos.

Die EZB sieht Kryptoassets kritisch, hat mit ihrer Gelddruck-Politik über die letzten zehn Jahre hinweg aber auch ihren Teil dazu beigetragen, ihnen zu einem Boom zu verhelfen.

Die Technologie dahinter mag vielversprechend sein, als „Währungen“ sind Bitcoin & Co. aber nutz- und sinnlos. Wer sein Geld in Bitcoins anlegt, der legt auch nicht wirklich an – verliert also sein Geld, damit etwas Sinnvolles daraus geschaffen wird –, sondern schließt wie am Roulette nur eine Wette ab.

Zur Zeit der Finanzkrise entstanden, sollte das virtuelle Computergeld eine Alternative zum „verkrusteten Finanzsystem“ sein, das damals auf erschreckende Weise seine Fehlentwicklungen offenbarte. Viele Menschen waren schockiert, wie viele unseriöse Finanzprodukte es gab und mit welcher unseriösem Gebaren echte Banken agierten.

Dem Kryptogeld müssen nun genauso Regeln auferlegt werden wie Banken und Spielbanken – und die Finanzbranche muss dafür sorgen, dass auch wirklich genügend echte Investitionsmöglichkeiten in konkrete nachhaltige Projekte bestehen. Auch wenn Banken und Fondsgesellschaften stets betonen, es gebe genügend nachhaltige Anlagemöglichkeiten, sind Zweifel angebracht – denn allzu oft fallen Finanz-Player auf, weil sie sich nur einen grünen Anstrich geben. Das schadet der Branche und ihnen selbst: Wer ein blank poliertes Gebrauchtauto kauft, das sich als Schrott erweist, wird beim gleichen Händler kein zweites mehr kaufen.

Die Branche muss also deutlich etwas drauflegen. Angenommen damit, dass es noch immer keine einheitliche Definition für nachhaltige Geldanlagen gibt. Die EU hat einen halbherzigen, noch unwirksamen Kompromiss erreicht, die Branche selbst noch nicht einmal das. Der Begriff ESG für ökologisches, soziales und unternehmerisch nachhaltiges Wirtschaften kennt weiterhin keine Mindeststandards. Jeder Anbieter kann etwas anderes damit meinen.

Kontakt: marco.meng@wort.lu

Mehr auf Seite 34-35

Politik	2-6
Luxemburg	8-13
Notdienste	14
Sport	17-24
TV-Programm	25-26
Todesanzeigen	28-30
Wirtschaft	33-35
Kultur	36-37
Panorama	39-40

Luxemburger Wort

www.wort.lu
Telefon 4993-1 / Abo-Hotline 4993-9393
Verleger: Mediahuis Luxembourg

„Wir hinken hinterher“

Sechs Monate vor den Kommunalwahlen geht Syvicol-Präsident Emile Eicher auf die Herausforderungen der Gemeinden ein

Interview: Marc Schlammes

Emile Eicher kennt die Kommunalpolitik aus dem Effeff und ist bestens mit den Herausforderungen in den Gemeinden vertraut. Infolge der steigenden Preise spielen soziale Aspekte zunehmend eine Rolle. Allein können die Kommunen diese Aufgabe nicht meistern, gibt der Syvicol-Vorsitzende zu bedenken.

Emile Eicher, noch sechs Monate bis zu den Kommunalwahlen. Mit welchen Argumenten würden Sie einen Bürger von seiner Kandidatur überzeugen?

Es ist eine neue Herausforderung, bei der man viele neue Leute kennenlernt und seinen Horizont erweitert. Eine gute Portion an gesundem Menschenverstand schadet auch nicht. Man muss sich allerdings auch bewusst sein, dass es sich um ein Engagement über einen längeren Zeitraum handelt und folglich bereit sein, sehr viel Freizeit herzugeben. Und es gilt, dass man stets im Dienst der Bürger steht.

Mehr „congé politique“ soll das Engagement attraktiver machen. Das vom Syvicol seit langem geforderte Statut des „élu local“, das Kommunalpolitiker arbeits- und sozialrechtlich absichert, lässt indes immer noch auf sich warten.

In dem Punkt hinken wir in der Tat unseren Nachbarländern nach wie vor hinterher. In Belgien beispielsweise gilt eine Schutzklausel bereits für die Zeit der Kandidatur für ein kommunales Mandat und greift bis sechs Monate nach Ablauf des Mandats. Das von uns verlangte Statut soll verhindern, dass Kommunalpolitiker derart unter Druck geraten, dass sie sich zwischen beruflicher Laufbahn und politischem Engagement entscheiden müssen. Solange die von uns geforderte Absicherung nicht vorhanden ist, werden sich viele Arbeitnehmer aus der Privatwirtschaft nicht trauen, kommunalpolitische Verantwortung einzugehen. Was leider ein Ungleichgewicht bei der Repräsentativität zur Folge hat.

Bei der strafrechtlichen Verantwortung von Bürgermeistern und Schöffen, die jüngst immer mal für Diskussionen sorgte, ist nun immerhin eine gesetzliche Regelung auf dem Instanzenweg.

Das angedachte Prinzip der Verantwortung der Gemeinde ist zweifellos ein ganz wichtiger Schritt – umso mehr als sich viele Lokalpolitiker nicht immer der Tragweite ihrer Verantwortung bewusst sind. Nun bietet sich die Gelegenheit, auch die Schnittstellen der Verantwortung zu klären.

Beispielsweise ...

... in den Schulen, wo die Gemeinden für Infrastruktur und Unterhalt verantwortlich sind, jedoch keine Befugnis beim Betrieb haben.

Besteht nicht das Risiko, dass die Gemeinde- und Kommunalwahlen im Juni zu kurz kommen, weil die Chamberwahlen vom Oktober sie in den Schatten stellen?

Das ist schwer abzuschätzen, weil es diese Konstellation noch nicht gab. Ich kann mir auch vorstellen, dass durch die Gemeinde- und Kommunalwahlen Themen stärker in den Vordergrund

rücken, die bei den Chamberwahlen eine eher untergeordnete Rolle spielen würden.

An welche Themen denken Sie?

Es wird ja immer gesagt, die Kommunalpolitik sei nahe am Puls der Bürger. Das trifft für rein lokale Aufgaben zu. Aber auch für allgemeine Entwicklungen wie die sozialen Herausforderungen, die sich aufgrund steigender Preise verstärken und was wir durch unsere Sozialämter direkt miterleben.

Gerade weil beide Wahlen in einem Jahr stattfinden: Ist es nicht eine verpasste Chance, keine Regelung bei den Doppelmmandaten gefunden zu haben?

Für 2023 ist es dafür zu spät. Wir blicken bei unseren 36 Wahlvorschlägen an die Parteien nach vorne und wiederholen in dem Zusammenhang unsere Forderung nach einer Kammer der Kommunalpolitiker, wenn es denn zur Trennung zwischen kommunalem und nationalem Mandat kommen sollte. Davon abgesehen halten wir an einer gesetzlichen Verankerung fest, dass das Syvicol, genauso wie die Berufskammern, obligatorisch zu jenen legislativen Vorhaben befragt wird, die die Gemeinden betreffen. Obwohl sich dies mittlerweile verbessert hat, ist es heute noch regelmäßig so, dass wir als Syvicol selbst die Initiative ergreifen müssen.

Zu den Forderungen des Syvicol an die Parteien gehört auch die Stärkung der Bürgerbeteiligung. Wie kann diese im konkreten Alltag ihre Früchte tragen?

Das beginnt bereits bei der Zusammensetzung der Kommissionen. Wir haben beispielsweise in Clerf nach den letzten Wahlen den Aufruf lanciert, dass sich interessierte Bürger melden können. Da kann eine andere Dynamik entstehen, als wenn Parteien die Kommissionen mit ihren eigenen Leuten, beispielsweise nicht gewählte Kandidaten, bestücken. Am Ende bleiben aber die politischen Entscheidungen immer beim Gemeinderat, also dem gewählten Organ. Die Kommissionen, die vielerorts sehr strukturiert zu Werke gehen, können aber einen wertvollen Beitrag zur Meinungsbildung des Gemeinderates liefern.

Viele Bürger sind aber auch nur an einer punktuellen Mitarbeit an einem bestimmten Projekt interessiert.

Ja, das punktuelle Engagement ist eine andere Form der Beteiligung. Da muss es uns gelingen, interessierte Bürger abzuholen, sie in ein Projekt einzubinden und so die Koordination zu gewährleisten.

Welche Themen werden die Kommunalpolitik in den kommenden sechs Jahren bestimmen?

Zur Person

Emile Eicher ist ein kommunalpolitisches Urgestein: Seit 1994 ist er Bürgermeister, erst in Munshausen und seit 2011 in der Fusionsgemeinde Clerf (Clerf, Heinerscheid, Munshausen). Seit zehn Jahren bekleidet er die 67-Jährige den Präsidentenposten des Syvicol, dem Dachverband der Gemeinden. In der Chamber sitzt der CSV-Politiker seit 2009.



Syvicol-Präsident Emile Eicher (CSV) wirbt für das kommunale Engagement: Es sei eine Möglichkeit, seinen Horizont zu erweitern.
Foto: Anouk Antony

Der Wohnungsbau wird natürlich ein echter Dauerbrenner bleiben und zunehmend auch ein Faktor der sozialen Ausgrenzung werden. Das Soziale wird uns mit Sicherheit in den Gemeinden in viel stärkerem Maß beschäftigen. Wir benötigen für die Sozialhilfe folglich zusätzliches qualifiziertes Personal und finanzielle Mittel, die dem sozio-ökonomischen Bild der jeweiligen Gemeinde Rechnung tragen.

Aus dem Politmonitor geht hervor, dass sich die Bürger zunehmend um den Zusammenhalt in der Gesellschaft sorgen. Was kann eine Gemeinde konkret bewirken?

In den Gemeinden erleben wir diese Entwicklung in unseren Vereinen. Bedingt durch die Corona-Krise erhielt das Zusammenleben dort eine heftige Delle, um es einmal so zu formulieren. Viele Aktive zogen sich zurück und manch ein Bürger verlor das Interesse an Vereinsaktivitäten, die aber ein wesentlicher Faktor des Miteinanders und der Integration in einer Gemeinde darstellen. Dem können die Gemeinden durch eine angemessene finanzielle und materielle Unterstützung sowie durch passende Rahmenbedingungen, wie etwa die Einstellung eines City Managers oder eines Sportkoordinators, entgegenwirken, um so eine neue Dynamik zu entfachen.

Inwieweit machen Ihnen die Energie- und Rohstoffpreise Sorgen?

Die bereiten mir sehr große Sorgen, denn leider gelten die von der Tripartite ausgehandelten Gas- und Strompreismehrsätze nicht für die Gemeinden. Bei in der Umsetzung befindlichen Bauvorhaben müssen wir daneben Preissprünge von 20 bis 25 Prozent

einkalkulieren. Das sind direkte Mehrkosten. Dann müssen wir auch auf kommunaler Ebene die Energietransition schaffen. Das geht nur, wenn auch die nötige Unterstützung von staatlicher Seite vorhanden ist, damit wir uns diese Kompetenzen aneignen – und da sehe ich noch reichlich Luft nach oben.

Die kommunalen Gebühren für Wasser und Abwasser ...

... werden auch ansteigen. Jede Aktivität ist nun mal mit Energie verbunden.

Werden andere Gemeinden demnächst dem Beispiel Leudelingen folgen und an der Grundsteuerschraube drehen, um sich zusätzliche Einnahmen zu sichern, die ihnen die Gewerbesteuer verwehrt?

Die Reform der Gemeindefinanzen hat auch zur Folge, dass in den Rathäusern Investitionen in Aktivitätszonen hinterfragt werden, wenn die Gemeinden unter dem Strich nicht in den Genuss der dort erwirt-

• *Das angedachte Prinzip der Verantwortung der Gemeinde ist zweifellos ein ganz wichtiger Schritt – umso mehr als sich viele Lokalpolitiker nicht immer der Tragweite ihrer Verantwortung bewusst sind.*

schafften Gewerbesteuer kommen. Eine Industriezone, die nur Verkehr und Lärm erzeugt, lohnt sich definitiv nicht – wohl wissend, dass derartige Gedanken tödlich für unsere Wirtschaft sind, da sie unverantwortlich hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung im Land sind. Wir kommen also nicht umhin, uns mit der jetzigen Regelung der Gewerbesteuer auseinanderzusetzen, umso mehr als auch viele Unternehmen eine Vereinfachung begrüßen würden.

In puncto Finanzen sollen die Gemeinden bei der jüngst vorgestellten Leerstands- und Mobilisierungssteuer zur Ankurbelung des Wohnungsmarktes leer ausgehen. Andererseits wartet ein Plus an Arbeit auf die kommunalen Dienste, beispielsweise mit der Schaffung des für die Erhebung beider Steuern notwendigen Registers.

Dieses Register aufzustellen, kostet die Gemeinden enorm viel Aufwand. Differdingen, Pétingen und andere Gemeinden haben diese Erfahrung bereits gemacht. Wir sind uns als Syvicol völlig bewusst, dass ein derartiges Register nötig ist, nicht nur für den Wohnungsbau – denken Sie nur an die Rettungsdienste, die im Notfall wissen, wie viele Menschen ein Haus bewohnen beziehungsweise wie viele Menschen in den einzelnen Appartements eines Wohnhauses leben. Zumindest aber sollten die Kosten der Kommunen gedeckt sein, wenn sie mit einer neuen Aufgabe betraut werden. Deshalb plädierten wir dafür, dass Leerstands- und Mobilisierungssteuer den Gemeinden zugutekommen. Die Verfassung sieht im Übrigen auch vor, dass wir die erforderlichen Mittel erhalten, um neue Missionen, die uns aufgetragen werden, zu erfüllen.

Die Finanzlage der Gemeinden

Wachsam bleiben und eine vorsichtige Finanzpolitik praktizieren: Das sind die beiden Botschaften, die Innenministerin Taina Bofferdung (LSAP) ihren Gemeinden für die Haushaltsplanungen mit auf den Weg gibt. Konkret rät sie unter anderem, Anleihen auf ein striktes Minimum zu reduzieren. Auf der Einnahmenseite müssen bei der Gewerbesteuer (ICC) einplanen: Rund 151 Millionen Euro bedeuten ein Minus von 9,9 Prozent im Vergleich zu den Abschlusskonten 2021. Auch für den rektifizierten Haushalt 2022 wird ein Minus von 8,1 Prozent gegenüber den Konten 2021 erwartet.

Die gute Nachricht kommt vom Fonds de dotation globale des communes (FDGC), der bedeutendsten Einnahmequelle der Kommunen: Die 2,457 Milliarden Euro, die 2023 ausgeschüttet werden sollen, machen ein Plus von 9,3 Prozent im Vergleich zu den Konten 2021 aus; auch beim rektifizierten Haushalt wird ein Plus einkalkuliert (3,3 Prozent).

Unter dem Strich können die Gemeinden also mit einem satten Einnahmehaus aus ICC und FDGC rechnen, was rund 2,608 Milliarden Euro ausmacht. Auch die Mehrjahresplanung bis 2026 geht von steigenden Einnahmen aus.